

## **Auf Zukunft setzen Mit grünen Ideen 1 Million neue Jobs schaffen**

*von Fritz Kuhn, Renate Künast und Jürgen Trittin*

24. April 2009

Die Welt befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit der Depression der 1930er Jahre. Für den Exportweltmeister Deutschland wirkt sich dies besonders drastisch aus. Zahlreiche deutsche Unternehmen – teilweise mit langer Tradition – sind pleite oder kämpfen ums wirtschaftliche Überleben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. 2009 wird als das Jahr der größten Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Geschichte unseres Landes eingehen.

Die Regierung Merkel/Steinmeier hat auf die gewaltige politische Herausforderung dieser Krise keine Antwort. Mit Klientelgeschenken kriselnde Branchen und alte Strukturen zu pöppeln, wird sich nicht lange auszahlen. Die Politik kurzfristiger und wahlloser Konjunkturprogramme mit Strohuereffekten à la Abwrackprämie bei hoher Verschuldung ist weder konjunkturadäquat noch verantwortbar. Wir Grüne sagen klar: nur wenn wir finanzielle Förderung mit einer mutigen Ordnungspolitik ergänzen und unser Land ökologischer und sozialer gestalten, erreichen wir nachhaltiges Wachstum und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Es geht um ebenso massive wie nachhaltige Investitionen, nicht um kurzatmige Konjunkturspritzen. Denn aus der Krise werden jene Länder gefestigt und gestärkt hervorgehen, die sich rasch auf die neuen globalen Spielregeln einstellen. Die Märkte der Zukunft sind grün. Das verlangt, Ökonomie und Ökologie fortan fest zu verbinden. Der Umbau der Gesellschaft zu einem neuen klimaverträglichen Leben und Wirtschaften ist die Schlüsselaufgabe der Politik in den nächsten Jahren – und zugleich eine enorme Chance.

Im Wahljahr 2009 entscheidet sich, ob Deutschland seine Chancen nutzen wird. Wir Grünen wollen Deutschland stark machen für eine nachhaltige Art des Wirtschaftens. Wir müssen umschalten auf eine neue, strategische Wirtschaftspolitik. Dazu müssen wir die ökologischen und sozialen Schwächen einer finanzmarktdominierten Weltwirtschaft beseitigen und Zukunftsinvestitionen vorziehen. Mit den neuen Schulden, die wir in Kauf nehmen, müssen die Grundlagen gelegt werden, damit künftige Generationen wieder erfolgreich wirtschaften können und Wohlstand für alle auch ein Versprechen für die Zukunft ist und keines der Vergangenheit war. Nur so sind Schulden legitimierbar. Das scheint die Regierung Merkel/Steinmeier vergessen zu haben.

Im gesamten Bereich der ökologischen Erneuerung sind seit 1998 viele neue Arbeitsplätze entstanden. Diesen Jobboom wollen wir verstärken und die ökologische Modernisierung nach den schwarz-roten Jahren des Bremsens und Blockierens wieder beschleunigen. Traditionelle Branchen wie die Automobilindustrie und die Energiewirtschaft werden umso erfolgreicher, je schneller sie Klima- und Umweltschutz zur Grundlage ihres Handelns machen. Auch die Zukunftsfähigkeit von Chemieindustrie und Maschinenbau ist eng verknüpft mit der Aufgabensstellung ökologischer Modernisierung. Die Ökologische Modernisierung wird zur ökonomischen Modernisierung. Der Blaumann muss grün werden, sonst hat er keine Zukunft. Bildung und Gesundheit sind weitere Schlüsselfelder für eine moderne Arbeitsgesellschaft, die auf

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit baut. Entscheidend wird sein, den Zugang zu Beschäftigung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf massiv zu erleichtern.

Grüne Politik setzt auf Zukunft. Mit grünen Ideen können wir in den nächsten Jahren mindestens eine Million neue Arbeitsplätze schaffen. Im Unterschied zu den diversen Konjunkturprogrammen der Bundesregierung haben wir ein Konzept verstetigter Investitionen über einen Zeitraum von vier Jahren. Das schafft Verlässlichkeit und öffnet Pfade für ein nachhaltiges Entstehen neuer Jobs. Im Lauf der nächsten Legislaturperiode wollen wir eine Million Jobs in folgenden Bereichen verwirklichen:

<b>Branche</b>	<b>Zusätzliche Arbeitsplätze</b>
Erneuerbare Energien und Energieeffizienz	200.000
Gebäudesanierung	150.000
Landwirtschaft/ Biobranche	30.000
Ressourcen	25.000
Bildung und Betreuung	185.000
Gesundheit und Pflege	150.000
Sozialer Arbeitsmarkt	60.000
Abbau von Schwarzarbeit	200.000
<b>1.000.000 Jobs</b>	

## **Ökologie schafft Arbeitsplätze**

In den zurückliegenden Jahren sind im Umweltbereich zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland entstanden. Mittlerweile sind hier 1,8 Millionen Menschen beschäftigt. Der alte Vorwurf von Seiten der Union und der FDP, zuviel Umweltschutz vernichte Arbeit, hat sich als brutale Modernisierungsblockade erwiesen, die ökologische Modernisierung Deutschlands aufgehalten und seine Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Heute kommt es entscheidend darauf an, statt nachsorgendem Umweltschutz aktiv ökologische Vorsorge zu treffen. Unternehmen, die bei Klima- und Umweltschutz zurückfallen, verlieren Absatzmärkte und Investoren. Umweltaspekte kommen in immer mehr Branchen zum Tragen, vom naturnahen Tourismus bis hin zu einer ressourcen- und umweltschonenden Informationstechnologie. Umweltschutz bietet damit auch zahlreiche zukunftstaugliche Ausbildungschancen. Wir wollen in den kommenden vier Jahren die Arbeitsplätze im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes in Deutschland massiv erhöhen. Dabei ist uns eines wichtig: Umweltschutz ist ein globaler Wachstumsmarkt. Die heutigen Investitionen in Produkte, Verfahren und Arbeitsplätze in Deutschland sind Voraussetzung für unsere Exporterfolge von morgen. Denn viele Rohstoffe werden knapp und teurer. Die Weltbevölkerung wächst und damit auch die Nachfrage. Ein effizienterer Umgang mit Energie und Ressourcen sowie umweltschonende Produkte werden ökologisch und ökonomisch zur *Conditio sine qua non*.

## **Erneuerbare Energien und Energieeffizienz**

Deutschland ist dank des rot-grünen EEG im Bereich der erneuerbaren Energien gut aufgestellt und in vielen Bereichen Weltmarktführer. In Deutschland sind etwa 280.000 Menschen in dieser Branche beschäftigt. Seit 2002 hat sich die Zahl der Beschäftigten dank des massiven Ausbaus erneuerbarer Energien mehr als verdoppelt. Diese Dynamik wird sich jedoch nur fortsetzen, wenn Deutschland bei der Energiewende kontinuierlich voranschreitet. Damit deutsche Produkte weltweit weiter nachgefragt bleiben und wir unseren Platz an der technologischen Spitze behaupten, müssen wir hierzulande die Tauglichkeit erneuerbarer Energien bei der gesamten Energieversorgung nachweisen. Eine Politik, die zugleich auf Atom- und neue Kohlekraftwerke setzt, unterminiert und konterkariert die Strategie des konsequenten Aufbaus einer erneuerbaren Energieversorgung. Solche Großkraftwerke zementieren für Jahre falsche Strukturen und behindern aufgrund ihrer Inflexibilität den Ausbau der Erneuerbaren.

Elementarer Bestandteil einer vernünftigen Strategie der Energieversorgung durch erneuerbare Energien ist die Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz, sowie ein intelligentes Strommanagement im Rahmen einer künftigen Netzinfrastruktur. Gerade hier gilt es jetzt massiv zu investieren. Dabei entstehen neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Wir Grünen wollen bis zum Jahr 2020 den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung auf mindestens 40 Prozent und an der Wärme auf 30 Prozent ausweiten. Unser Energieszenario rechnet damit, dass dadurch bis 2020 ca. 400.000 neue Arbeitsplätze entstehen.<sup>1</sup> Das Umweltministerium geht von einer ähnlichen Größenordnung im Bereich der erneuerbaren Energien aus.<sup>2</sup> Unter der Maßgabe, dass wir jetzt im Rahmen eines grünen Investitionsprogramms Ausgaben vorziehen und ordnungspolitisch die Energiewende voranbringen, halten wir es für möglich, in den kommenden vier Jahren **200.000 neue Stellen im Bereich erneuerbarer Energien** zu schaffen.

### **Grüne Maßnahmen:**

- Atomausstieg
- Verzicht auf den Bau neuer Kohlekraftwerke
- Grünes Erneuerbare-Wärme-Gesetz
- Ausbau der Strom- und Wärmenetze
- Masterplan Netzintegration
- Ausbau KWK
- Grünes Energieeffizienzgesetz
- Top-Runner-Ansatz zur Effizienzsteigerung von energiebetriebenen Geräten

---

<sup>1</sup> Vgl. Fraktionsbeschluss Energie 2.0. Die grünen Maßnahmen bis 2020, Juni 2007. Zudem: Autorenpapier von Brigitte Pothmer und Hans-Josef Fell, Dez. 2008. Pothmer und Fell rechnen die Beschäftigungseffekte der vergangenen Jahre analog hoch und gehen von einem Beschäftigungszuwachs von über 160 Prozent aus.

<sup>2</sup> Vgl. BMU-Broschüre „Umweltschutz schafft Perspektiven“, Dez. 2008; Umweltwirtschaftsbericht, Jan. 2009; BMU und UBA rechnen damit, dass durch das gesamte IKEP der Bundesregierung bis 2020 500.000 neue Stellen entstehen

## Gebäudesanierung

Rot-Grün hat mit dem – aus der Ökosteuer finanzierten - CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm der KfW ein erfolgreiches Instrument der ökologischen Modernisierung auf den Weg gebracht, das die große Koalition weiterführt. Noch immer kommen fast 80 Prozent aller Wohnhäuser in Deutschland für eine Gebäudesanierung infrage. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir die Gebäudesanierung jedoch deutlich beschleunigen. Wir Grünen wollen u. a. mit einer neuen Energieeinsparverordnung und einem geänderten Mietrecht in kurzer Frist die jährliche Sanierungsquote von derzeit 0,6 Prozent auf 2 Prozent steigern. Das wäre ein Investitionsschub von deutlich mehr als 10 Milliarden Euro, der die Beschäftigungssituation vor allem im lokalen Handwerk massiv verbessern würde. Damit werden wir ein zusätzliches Beschäftigungsvolumen von ca. 200.000 Arbeitsplätzen im Zeitraum bis 2020 erreichen. Im Rahmen eines grünen Investitionsprogramms streben wir außerdem an, alle öffentlichen Gebäude in Deutschland zügig zu modernisieren.<sup>3</sup> Mit diesen Maßnahmen können wir in den kommenden vier Jahren **150.000 Arbeitsplätze** schaffen.

Gerade im Bereich der Klimainvestitionen gilt, dass zusätzliche Investitionen zu Kosteneinsparungen führen, die in ihrer Höhe die Investitionskosten deutlich übersteigen.<sup>4</sup> Deswegen sind hier Investitionen auch auf Schuldenbasis legitim, weil sie für die kommenden Generationen eine signifikante Zukunftsrendite vorsehen.

### Grüne Maßnahmen:

- Rechtsanspruch auf energetische Sanierung gegenüber dem Vermieter
- Energiesparfonds
- Aufstockung des Gebäudesanierungsprogramms

## Landwirtschaft

Wir Grünen haben zu Beginn des Jahrhunderts die Agrarwende eingeleitet. Seitdem gilt: Bio boomt. Im Jahr 2008 ist der deutsche Bio-Markt erneut um 10 Prozent gewachsen. Leider nicht immer aus inländischer Produktion. Biolandbau bringt nicht nur wertvolle Produkte hervor, sondern ist auch beschäftigungsintensiv. Seit Jahrzehnten gingen in der konventionellen deutschen Landwirtschaft viele Arbeitsplätze verloren – immer weniger Bauern wirtschafteten auf immer größeren Flächen. Im Biolandbau gibt es - bezogen auf die bewirtschaftete Fläche - 34 Prozent mehr Arbeitsplätze. Und während in der konventionellen Landwirtschaft insbesondere

---

<sup>3</sup> Vgl. Ecofys-Gutachten zum kommunalen Klimaschutz, Feb. 2009: Enorme Entlastungspotenziale bestehen im Bereich der Kommunen, deren Liegenschaften allein 60 Prozent des Energieverbrauchs öffentlicher Gebäude ausmachen. In den 40.000 Schulgebäuden Deutschlands lassen sich nach Angaben der dena durchschnittlich 70 Prozent des Energieverbrauchs einsparen (vgl. Pressemitteilung vom 12.3.09).

<sup>4</sup> Vgl. u. a. McKinsey-Studie „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“ 2007

im Frühjahr und Herbst Arbeitsspitzen anfallen, verteilt sich die Arbeit für Biobauern gleichmäßiger über das ganze Jahr. Derzeit arbeiten rund 160.000 Menschen in der Biobranche: mehr als 50.000 in landwirtschaftlichen Betrieben, 50.000 in der Herstellung sowie rund 60.000 im Naturkosthandel oder in Reformhäusern. Insgesamt hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in der Biobranche in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Wir wollen den Anteil des Biolandbaus an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche, der 2008 nur 5,1 Prozent betrug, massiv ausweiten und damit die Angebotsengpässe bei ökologisch produzierten Lebensmitteln aus Deutschland beheben. Wenn wir die Zahl der Neuumstellungen auf ökologischen Landbau steigern und den Anteil der Ökolandfläche bis 2020 verdreifachen, sind ca. 70.000 neue Arbeitsplätze möglich.<sup>5</sup> In den kommenden vier Jahren wollen wir **30.000 neue Jobs in der gesamten Biobranche** schaffen.

#### **Grüne Maßnahmen:**

- Agrarsubventionen von Umwelt- und Klimaleistungen abhängig machen
- Förderprämien v. a. für Umstellung auf Ökolandbau erhöhen
- Verbot der Agrogentechnik in Deutschland
- Einbau von Küchen und ökologisches Essen für Ganztageschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen

## **Verkehr**

In keinem Bereich hat die große Koalition mehr versagt als beim Verkehr. Eine Verkehrswende Deutschlands hin zu nachhaltiger Mobilität ist nach wie vor nicht in Sicht. Dabei ist klar: jene werden die Zukunftsmärkte bestimmen, die weltweiten Güterhandel und Personenverkehr mit reduzierten Energie- und Umweltkosten anbieten können. Besonders die klima- und umweltfreundliche Mobilität in Ballungsräumen wird zur Schlüsselfrage der kommenden Jahre. Die Stichworte lauten: effiziente Antriebstechniken, umweltfreundlicher Fahrzeugbau, umweltfreundliches Verkehrsmanagement, intelligente Mobilität.<sup>6</sup> Eine Studie von Roland Berger aus dem Jahr 2007 geht davon aus, dass sich das Marktvolumen in diesem Bereich bis 2020 verdoppeln wird. Wir wollen, dass Deutschland ein Gewinner dieser Entwicklung wird. Deutschland soll führendes Land für nachhaltige Mobilität werden. Dies wird nur gelingen, wenn wir hier die grünen Autos und das Mobilitätssystem der Zukunft entwickeln.<sup>7</sup> Ausbau und Erneuerung einer umweltgerechten Verkehrsinfrastruktur, Entwicklung innovativer Technologien etwa im Bereich der Elektromobilität und die Ausweitung des ÖPNV kann den bevorstehenden Struk-

---

<sup>5</sup> Zahlen beruhen auf Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (Zahlen, Daten, Fakten – Die Bio-Branche 2009).

<sup>6</sup> Vgl. Fraktionsbeschluss „Nachhaltige Mobilität ist möglich“, Sept. 2008.

<sup>7</sup> Laut Umweltwirtschaftsbericht des BMU und UBA hat Deutschland im Bereich der nachhaltigen Mobilität einen Anteil am Weltmarkt von 20 Prozent. Beschäftigungsprognosen werden nicht aufgeführt. Eindeutig ist jedoch, dass umweltfreundliche Verkehrstechnologie und –telematik enorme Wachstumsmärkte darstellen (vgl. Roland Berger Studie Wirtschaftsfaktor Umweltschutz, 2007).

turwandel in der deutschen Automobilindustrie mehr als ausgleichen. Wir halten es für wahrscheinlich, durch vorgezogene Investitionen in die Mobilität des 21. Jahrhunderts in den kommenden vier Jahren 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland schaffen zu können. Da diesen neuen Jobs aber auch ein Stellenabbau in der klassischen Automobilindustrie gegenüberstehen wird, berücksichtigen wir diese Job-Potenziale in unserem 1-Million-Programm nicht. Ohne zusätzliche Investitionen im gesamten Verkehrsbereich wird die Strukturkrise jedoch weiter zu gigantischem Arbeitsplatzabbau führen.

#### **Grüne Maßnahmen:**

- Ordnungspolitik für klimafreundlichen Autoverkehr (z.B. Tempolimit, Kfz-Steuerreform, ambitionierte Verbrauchsobergrenzen)
- Abbau umweltschädlicher Subventionierung bei Dienstwagen
- Förderprogramm Elektromobilität
- Investitionen in den Schienenverkehr, Ausbau ÖPNV, Fahrradverkehr und Komodalität
- Verbleib des Schienennetzes in öffentlicher Hand

## **Effektiver Umgang mit Ressourcen**

Deutschland muss Vorreiter einer modernen Abfall- und Kreislaufwirtschaft werden. Es muss uns gelingen, Ressourcen wesentlich effizienter und umweltschonender zu nutzen, um Material- und externe Kosten zu reduzieren. Abfälle zu vermeiden, intelligent wiederzuverwerten oder umweltgerecht zu entsorgen ist eine weltweite Herausforderung. Nach einer Studie von Roland Berger wird sich das Weltmarktvolumen bis 2020 annähernd verzehnfachen.<sup>8</sup> Die gute Position deutscher Unternehmen ist auf den Druck der ökologischen Bewegung seit den 1980er Jahren zurückzuführen. Wir Grünen wollen, dass Deutschland in den kommenden Jahren den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft vorantreibt mit dem klaren Ziel, Kreisläufe zu schließen und die Umstellung auf erneuerbare Rohstoffe zu vollziehen.<sup>9</sup> Ressourcen nachhaltig zu nutzen ist auch die zentrale Herausforderung einer modernen Wasserwirtschaft. Auch hier wird der Weltmarkt für die Förderung und Aufbereitung von Rohwasser sowie die Entsorgung von Abwasser stark expandieren. Wir Grünen wollen die Abwasserversorgung erneuern, den Hochwasserschutz ausbauen und die internationale Position deutscher Unternehmen verbessern. Wir rechnen damit, im Bereich der **Abfall- und Wasserwirtschaft** in den kommenden Jahren ca. **25.000 neue Stellen** zu schaffen.

#### **Grüne Maßnahmen:**

- Einführung einer Wertstoffordnung und einer Ressourcenabgabe

---

<sup>8</sup> Vgl. Roland Berger Studie Wirtschaftsfaktor Umweltschutz, 2007, S. 83.

<sup>9</sup> Vgl. Positionspapier von Sylvia Kotting-Uhl „Mehr mit Weniger. Nachhaltige Abfallwirtschaft führt zu Ressourcen- und Klimaschutz“, März 2009.

- Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes (breiter Gewässerrandstreifen, ambitionierter Hochwasserschutz)
- Verbleib der Wasserversorgung in öffentlicher Hand
- Sanierungsprogramm für Abwasser- und Wasserleitungen

Mit unseren Investitionen in die ökonomische und **ökologische Modernisierung** rechnen wir in der Summe mit **405.000 neuen Arbeitsplätzen**. Arbeitsplatzverluste aufgrund der verheerenden Strukturkrise im Fahrzeugbau werden zusätzlich kompensiert.

## **Bildung schafft Arbeit**

Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. In Bildung zu investieren, heißt in unsere Zukunftsfähigkeit und die jedes Einzelnen zu investieren. Bildung ist die Voraussetzung für individuellen Aufstieg und gerechte Startchancen, aber auch zentrale Grundlage einer gerechteren, lebendigen Gesellschaft und eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems. Das deutsche Bildungssystem von der frühkindlichen Erziehung bis hin zur Weiterbildung hängt den Erfordernissen und im internationalen Vergleich hinterher. Immer mehr Menschen erleben es als ungerecht, ausgrenzend, demotivierend und ineffizient. Die Potenziale vieler Kinder und auch Erwachsener werden nicht ausgeschöpft. Das ist fatal für eine Gesellschaft, die immer stärker auf Bildung, Wissen und Kreativität angewiesen ist. Über die ganze Bildungskette hinweg müssen wir unser Bildungssystem rasch modernisieren und massiv in Quantität und Qualität investieren. Zwar reden inzwischen alle davon aber passiert ist wenig oder falsches. Die Kanzlerin hat einen Bildungsgipfel abgehalten, aber konkrete angemessene Schritte unterbleiben. Die Große Koalition hat im Zuge der Föderalismusreformen I und II die gesamtstaatliche Bildungsstrategie massiv erschwert. Ein Bundesprogramm zum Ausbau der Ganztagschulen, wie es Rot-Grün mit 4 Mrd. Euro auf den Weg brachte, ginge gegenwärtig nicht mehr. Zugleich sind die Bundesländer ihrer gewachsenen Verantwortung für bessere Bildungschancen messbar nicht nachgekommen und verheddern sich weiter in ihren „Kleinstaaterei“-Interessen.

Wir setzen uns für eine klare Prioritätensetzung für eine gesamtstaatliche Bildungsstrategie ein, für einen qualitativen Durchbruch für mehr und bessere Bildungsangebote für Menschen jeden Alters. Das sichert unsere Zukunft und schafft neue Arbeitsplätze im Bildungsbereich. Gegen die Bildungskrise und gegen die Wirtschaftskrise wollen wir jetzt mit einer massiven Anstrengung Ungerechtigkeiten im Bildungswesen beseitigen, die Qualität erhöhen und das Bildungswesen der Zukunft bauen.

Um das Angebot an **frühkindlicher Betreuung** zu verbessern und den Rechtsanspruch auf Betreuung ab 1 Jahr rasch umzusetzen, braucht es 40.000 zusätzliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den KiTas sowie rund 35.000 zusätzliche Tagesmütter/-väter.<sup>10</sup> Diese 75.000 neuen Arbeitsplätze im Bereich der Kinderbetreuung sind nötig aufgrund des von der Großen Koalition geschaffenen Rechtsanspruchs auf Betreuung ab 2013. Doch eine Finanzierung des

---

<sup>10</sup> Bedarfsschätzung des Deutschen Jugend Instituts und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der Uni Dortmund



dringend notwendigen Ausbaus der Betreuungsangebote gibt es bisher nicht. Lediglich ein Drittel der benötigten 12 Milliarden Euro wurden vom Bund bereitgestellt.

Wir Grünen haben einen konkreten Vorschlag zur Finanzierung von Bildungsinvestitionen. Wir wollen den Solidaritätszuschlag für den Aufbau Ost schrittweise in einen Bildungssoli umwandeln. 23 Milliarden Euro der ab 2010 auflaufenden Überschüsse aus dem Ost-Soli sollen nach unseren Vorstellungen in die Bildung fließen. Außerdem müssen Bildungsausgaben - im Rahmen eines Nettoinvestitionsbegriffes - künftig als Investitionen bewertet werden. So kann u. a. der Ausbau der Betreuungsplätze bis 2013 finanziert werden.

Studien zeigen uns, dass wir bis 2020 für den Ausbau der **Ganztagschulen** auf Basis unserer grünen Vorstellungen insgesamt deutlich mehr als 100.000 zusätzliche Fachkräfte brauchen, davon 70.000 zusätzliche Lehrer, rund 19.000 sonstige pädagogische Fachkräfte sowie rund 27.000 Personen als zusätzliches Personal wie Übungsleiter u. ä.<sup>11</sup> Anstatt jedes Jahr rund 10.000 neue Fachleute einzustellen, wollen wir in der Krise die notwendigen Investitionen vorziehen und bis 2013 80.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Ganztagsschulbereich schaffen.

Auch an den **Hochschulen** brauchen wir deutlich mehr Personal um die Qualität der Ausbildung zu verbessern und der deutlich wachsende Zahl von Studierenden gerecht zu werden. Allein für die zusätzlichen Studienplätze bedarf es bis 2015 18.000 neuer Stellen (Professorinnen und Nachwuchswissenschaftler). Eine bessere Versorgung der Studentinnen und Studenten erfordert die sofortige Schaffung von 12.000 neuen Stellen.<sup>12</sup> In den nächsten vier Jahren wollen wir diese 30.000 Jobs an den Hochschulen schaffen.

#### **Grüne Maßnahmen:**

- Ausbau eines bedarfsdeckenden qualitativ hochwertigen und ganztägigen frühkindlichen Betreuungsangebots mit einem Rechtsanspruch ab 1 Jahr
- Ausbau eines flächendeckenden Angebots echter Ganztagschulen
- Zusätzliche Stellen an den Hochschulen, die den Betreuungsschlüssel für die bereits heute Studierenden verbessern und die darüber hinaus ein entsprechendes Lehrangebot für die bis 2015 anwachsende Zahl weiterer Hochschulberechtigter ermöglichen. Wir wollen einen „echten Pakt für Studierende“ anstelle der ungenügenden Hochschulpakt I und II-Maßnahmen der Großen Koalition
- Einführung eines Bildungssoli, der den Soli für den Aufbau Ost ablöst.

*Mit unseren Vorschlägen können und müssen wir in den kommenden 4 Jahren im **Bildungsreich neue Jobs** in einer Größenordnung **von 185.000** schaffen.*

---

<sup>11</sup> Gutachten des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie Berlin im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Juni 2008

<sup>12</sup> Alle Hochschulzahlen: Gutachten Gerd Grözinger, Internationales Institut für Management der Uni Flensburg für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen September 2008



## **Gesundheit und Pflege**

Der Gesundheitssektor wird in der Öffentlichkeit überwiegend als Problemfall und Kostentreiber diskutiert. Was in Expertenkreisen längst Konsens ist, ist in der Politik noch immer nicht angekommen: die enormen Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Gesundheitssektor.

Wir Grünen diskutieren Gesundheit nicht als Problemthema, sondern als wirtschaftliches und soziales Innovationsthema. Für uns ist die Gesundheitswirtschaft eine zentrale wirtschaftliche Zukunftsbranche und ihre nachhaltige Neuausrichtung eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Wir begreifen Investitionen in Gesundheit nicht als Negativposten – im Gegenteil: wenn wir wollen, dass die Branche wächst, brauchen wir mehr Ausgaben im Gesundheitsbereich. Dabei legen wir einen breiten Begriff der Branche zugrunde: Neben dem klassischen Bereich der Ärzte, Krankenhäuser und Altenheime geht es auch um Jobs in Bereichen wie der Medizintechnik oder der Prävention, gesunden Ernährung und Wellness.

Eine steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen ist aus mehreren Gründen absehbar. Dazu gehören demografische Entwicklung, steigende Lebenserwartung und der voranschreitende medizinische Fortschritt. In der Gesellschaft gibt es ein zunehmendes Bewusstsein, dass Gesundheit ein Wert an sich darstellt. Viele Menschen geben - zusätzlich zu ihrer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung - einen wachsenden Teil ihres Einkommens für Gesundheit, Fitness oder Wellness aus. Auch volkswirtschaftlich sind Investitionen in Gesundheit sinnvoll. Ähnlich wie Bildungsinvestitionen sind es Investitionen in die Menschen selbst und darum Voraussetzung für Innovation und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Bündnis 90/ Die Grünen wollen darum Prävention in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik rücken. Die Ausgaben für Prävention sind derzeit verschwindend gering – dies wird der gesellschaftlichen Bedeutung von Prävention nicht gerecht. Ein Beispiel ist die Volkskrankheit Rückenschmerz. Jeder zehnte Deutsche leidet an behandlungsbedürftigen Rückenschmerzen und 23 Prozent aller Fehlzeiten am Arbeitsplatz sind auf Rückenleiden zurückzuführen. Den Sozialversicherungen sowie Unternehmen entstehen damit Kosten von rund 40 Milliarden Euro jährlich, bedingt durch betriebliche Ausfallzeiten sowie Behandlungskosten.<sup>13</sup> Gleichzeitig werden Rückenschmerzen durch die Gegebenheiten am Arbeitsplatz häufig mitverursacht. Eine Förderung regelmäßigen präventiven Rückentrainings kann in hohem Maße Kosten wegen Arbeitsausfall und Therapie senken und zugleich Arbeitsplätze im Präventionsbereich schaffen. Denkbar wäre daher, die Krankenkassen – über das derzeitige Präventionsangebot hinaus - zur teilweisen Übernahme der Kosten für ein professionelles, gesundheitsorientiertes Krafttraining zu verpflichten. Eine weitere Maßnahme wäre, die öffentlichen Arbeitgeber zu einer verstärkten Gesundheitsförderung im Betrieb zu verpflichten.

Eine nachhaltige Finanzreform der Krankenversicherung ist ein wichtiger Bestandteil einer neuen, auf Prävention ausgerichteten Gesundheitspolitik. Unser Modell einer Bürgerversicherung, die alle Einkommen einbezieht, ist sozial gerecht, stabilisiert die Finanzierungsbasis der

---

<sup>13</sup> Barmer Gesundheitsreport 2008

Krankenversicherungen aber ermöglicht auch mehr Prävention für diejenigen, die nicht zusätzlich privat in Gesundheitsvorsorge investieren können.

### **Grüne Maßnahmen:**

- Schaffung einer nachhaltigen Finanzierungsbasis durch die Bürgerversicherung
- Förderung von Prävention durch Verabschiedung eines Präventionsgesetzes und mehr Investitionen in Prävention
- Wettbewerb stärken, u. a. mit mehr Preisverhandlungen im Medikamentenbereich
- Ausbau der integrierten Versorgung
- Gesunde Ernährung und Prävention in den Mittelpunkt: Vermittlung von Gesundheits- und Ernährungskompetenzen in jeder Kita und jeder Schule, Ausbau u. Verbesserung d. Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen

## **Pflege**

Ein zentrales Wachstumfeld im Gesundheitswesen ist die Pflege. Der demografischen Wandel lässt den Bedarf an Dienstleistungen im Pflegebereich deutlich steigen. Mit der alternden Gesellschaft steigt die Zahl der Hilfs- und Pflegebedürftigen. Neue Beschäftigungsfelder rund um die klassischen Pflegeberufe entstehen – von der Hilfe beim Einkauf oder im Garten bis zu Ergotherapie etc.

Klar ist, dass enorme Potenziale für mehr Beschäftigung im Pflegesektor liegen und dieses ein bedeutendes Beschäftigungsfeld der Zukunft ist. Heute arbeiten rund 760.000 Menschen in diesem Bereich (viele davon Teilzeit, entspricht rund 549.000 Vollzeitstellen). Alle Studien gehen allein aufgrund der demografischen Entwicklung von einem großen Jobzuwachs aus<sup>14</sup>.

Aber der Boom bei den Pflegejobs kommt nicht von allein. Die gegenwärtig mangelnde Attraktivität von Pflegeberufen – sie gelten als schlecht bezahlt und unattraktiv bei Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten - führt zu Nachwuchsproblemen, es droht sogar Fachkräftemangel. Schwarzarbeit ist weit verbreitet. Die Branche ist auf künftige Herausforderungen schlecht vorbereitet. Die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder sowie eine stärkere Arbeitsteilung sind Grundlage für neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Schließlich muss der steigende Bedarf an Pflegeleistungen auch finanziert werden.

Die Politik muss jetzt die Weichen für einen Beschäftigungsboom in der Pflege stellen, andernfalls fehlen uns in wenigen Jahren qualifizierte Arbeitskräfte für die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen. Die Lösung liegt nicht in Dumpinglöhnen, wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte und gute Arbeitsbedingungen.

---

<sup>14</sup> IW Köln (2008)

## Grüne Maßnahmen

- Entwicklung des legalen Markts für Dienstleistungsangebote: u. a. durch die Einführung eines persönlichen Pflegebudgets, mit dem jeder passgenau die Dienstleistung nachfragen kann die er braucht sowie Progressivmodell
- stabile Finanzierung in Form einer Pflege-Bürgerversicherung, in die alle Bürger gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen und die alle Einkommensarten einbezieht.
- Attraktivität der Gesundheits- und Pflegeberufe steigern durch
  - verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten,
  - stärkere Arbeitsteilung zwischen Pflege und ergänzenden Dienstleistung,
  - Entlastung von Bürokratie
  - Maßnahmen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf
  - Gesetzlicher Mindestlohn sowie allgemeinverbindlicher Mindestlohn für die Pflegebranche

Bereits heute arbeiten mehr als 4 Millionen Menschen im Gesundheits- und Pflegesektor, also mehr als 10% aller Beschäftigten. Im Bereich der bisher über die Sozialversicherung finanzierten Leistungen ist in den nächsten Jahren nicht mit einem Beschäftigungsaufbau zu rechnen. Erhebliches Wachstum ist im Pflegebereich zu erwarten. Weitere Wachstumfelder sind Zulieferindustrien wie Medizintechnik und IT-Industrie und vor allem Randbereiche des Gesundheitswesens, insbesondere der Wellness-Markt. Deshalb verbinden wir den Einstieg in die Bürgerversicherung zur nachhaltigen Finanzierung mit wichtigen Strukturreformen, wie dem Ausbau der integrierten Versorgung oder der Etablierung von Prävention als Säule des Gesundheitswesens und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Qualifizierung.

Verschiedene Studien prognostizieren enorme Beschäftigungschancen im Bereich von 360.000 bis 800.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2020.<sup>15</sup>

*Mit den von uns vorgeschlagenen Investitionen sowie Strukturreformen halten wir die Schaffung von mindestens **150.000 neuen Jobs im Gesundheits- und Pflegebereich** in den nächsten vier Jahren für möglich.*

## Sozialer Arbeitsmarkt

Schätzungsweise 400.000 Menschen sind auf Grund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Ihre gesellschaftliche Teilhabe ist gefährdet und sie sind bedroht von sozialer Ausgrenzung. Aus grüner Sicht stehen Politik und Gesellschaft vor der Aufgabe, diesen Menschen zu einer neuen Perspektive zu verhelfen.

Es ist nicht nur eine Frage der Würde, dass es auch Langzeitarbeitslosen ermöglicht wird, wieder arbeiten zu können. Es ist eine enorme volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Res-

---

<sup>15</sup> Straubhaar (2006): 430.000-600.000 zusätzliche Arbeitsplätze bis 2020, IAB (2003): bis zu 1 Mio. Arbeitsplätze bis 2025, IAT (2008): 360.000-800.000 Arbeitsplätze bis 2020.

source, die ungenutzt bleibt. Es zeugt von einer verengten Sicht, wenn öffentliche Beschäftigung für schwer Vermittelbare nur als Teil der Arbeitsmarktpolitik betrachtet wird. Öffentliche Beschäftigung ist vielmehr auch Sozialpolitik. Und diese Politik muss so angelegt werden, dass sie den Übergang in reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht behindert. Aber der mindestens gleichwertige Zweck besteht darin, gering qualifizierte Arbeitslose vor Ausgrenzung zu bewahren und ihnen eine neue Chance für die gesellschaftliche Teilhabe zu geben.

Wir sprechen uns dafür aus, Langzeitarbeitslose durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder zu integrieren. Deshalb wollen wir einen gesellschaftlich akzeptierten Beschäftigungsbereich für Menschen einrichten, die auf dem ersten Arbeitsmarkt absehbar keine Chance haben. Dies soll zum einen über die Beschäftigung im Dritten Sektor geschehen, zum anderen über die Förderung von Beschäftigung in Integrationsfirmen. Finanziert werden die Arbeitsplätze aus den Aufwendungen für passive und aktive Mittel für diese Gruppe von Arbeitslosen. Damit sind sie in der Summe kostenneutral.

Unser Programm versteht sich als doppelte Unterstützung: Gering qualifizierte Langzeitarbeitslose werden von der Gesellschaft unterstützt, indem sie Arbeit und dafür Lohn bekommen. Und sie selbst wiederum unterstützen die Gesellschaft durch die Ausführung von Arbeiten, deren Nutzen allen zugute kommt.

#### **Grüne Maßnahmen:**

- Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarkts

*In einem ersten Schritt wollen wir bis 2013 **60.000 Arbeitsplätze im sozialen Arbeitsmarkt** schaffen.*

## **Schwarzarbeit abbauen**

Beschäftigungsaufbau findet nicht nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze statt, sondern ebenso durch den Abbau von Schwarzarbeit. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) hat festgestellt, dass fast jeder dritte Deutsche im Jahr 2007 für je 1.000 Euro Arbeiten ohne Rechnung in Auftrag gegeben hat. Würden nur 30% der sogenannten familienbezogenen Dienstleistungen wie z.B. Kinderbetreuung aus der Schwarzarbeit herausgeholt, so könnten 177.000 bis 355.000 legale Arbeitsplätze mit einem Bruttoeinkommen von 2,8 Mrd. Euro geschaffen werden.<sup>16</sup>

Wir wollen Schwarzarbeit auf zwei Wegen bekämpfen: Indem wir kleine Einkommen insbesondere von den Sozialbeiträgen entlasten und indem wir Bürokratie abbauen.

### **1) Kleine Einkommen entlasten**

Ein wichtiger Grund dafür, dass Arbeitsplätze nicht legal entstehen, ist die Belastung mit Steuern und Abgaben für Anbieter und Nachfrager der Dienstleistung. Steuerliche Anreize um die Nachfrage zu stimulieren gibt es bereits. So können Auftraggeber ihre Kosten bereits heute

---

<sup>16</sup> IW Koeln 2009

teilweise steuerlich geltend machen. Davon profitieren im besonderen Maße Besserverdiener, weshalb auch die Mitnahmeneffekte sehr hoch sein dürften. Menschen mit geringerem Einkommen, die wenig oder keine Steuern zahlen, können es sich andererseits kaum leisten, Dienstleistungen legal nachzufragen. Es fehlt auch an zusätzlichen Anreizen, Dienstleistungen auf dem regulären Arbeitsmarkt anzubieten. Insbesondere infolge der Abgaben verbleibt vom Brutto nur wenig Nettolohn.

Wir wollen den Keil zwischen Angebotskosten und Nettolohn gezielt verringern. Das gelingt u. a. durch die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags auf 8.500 Euro, die aus der von uns geforderten Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro nötig wird. Außerdem wollen wir die Hinzuverdienstregeln für Langzeitarbeitslose verbessern. Bis zu einem Verdienst von 400 Euro soll jeder zweite Euro anrechnungsfrei bleiben, darüber hinaus soll ein Anteil des Verdienstes von über 20 Prozent bei den EmpfängerInnen verbleiben. Mit diesen Schritten wollen wir Verbesserungen für kleine Einkommen erreichen und auch zusätzliche Handlungsspielräume für diejenigen eröffnen, die z.B. als Alleinerziehende nicht ohne weiteres in der Lage sind, einen Vollzeitjob auszuüben.

Zentral für den Abbau von Schwarzarbeit ist für uns das **Progressivmodell**. Im unteren Lohnbereich wirken die hohen Sozialabgaben wie eine Jobbremse und Ermunterung zur Schwarzarbeit, denn sie verteuern Arbeit in diesem Segment unverhältnismäßig. Aber auch im Gesundheitsbereich, bei der Pflege und in der Bildung, wo eigentlich viel mehr Menschen gebraucht werden, wird das legale Beschäftigungspotenzial wegen der proportional hohen Lohnnebenkosten nicht ausgeschöpft.

Mit dem grünen Progressiv-Modell wollen wir die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich gezielt senken. Im Steuersystem ist das längst Praxis: Hohe Einkommen werden stärker besteuert, niedrige weniger. Mit dem Progressiv-Modell wollen wir das Prinzip des progressiven Steuersatzes auf die Sozialabgaben übertragen. Auch hier soll künftig gelten: je geringer das Einkommen, desto geringer der Beitragssatz.

Die Abgaben von derzeit rund 40 Prozent, die Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen zahlen, fallen beim grünen Progressivmodell erst bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2.000 € in voller Höhe an. Bei einem Bruttoverdienst von 1.000 € dagegen zahlen Arbeitgeber und -nehmer nur je 14 Prozent Beiträge, zusammen also 28 Prozent. Mit dem Einkommen steigen die Beitragssätze langsam und stufenlos an.

Wenn sich die Sozialabgaben nach dem Einkommen richten, hat das mit Blick auf den Arbeitsmarkt drei Effekte. Erstens steigen die Chancen für Menschen, die es jetzt am Arbeitsmarkt aufgrund etwa gesundheitlicher Einschränkungen oder geringer Qualifikation am schwersten haben, Arbeit im Bereich einfacher Tätigkeiten zu finden. Geringverdiener haben dank des Progressivmodells zudem mehr netto in der Tasche und werden von staatlichen Hilfen unabhängig. Zweitens können mit dem Progressivmodell bestehende Jobs aus der Schwarzarbeit in den legalen Bereich überführt werden, dies gilt insbesondere für den Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen. Drittens entstehen neue Arbeitsplätze, die bisher aufgrund der Kosten nicht legal entstehen konnten. Denn wenn die Abgaben sinken, wird die Schaffung von Jobs im Bereich gering entlohnter Tätigkeiten für ArbeitgeberInnen interessanter. Vor al-

lem im Dienstleistungssektor oder in personalintensiven Bereichen können mit dem Progressivmodell neue Arbeitsplätze und Anreize für mehr Beschäftigung entstehen.

Eine Studie des IAB prognostiziert für ein verwandtes Modell der Abgabensenkung im Niedriglohnbereich 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze.<sup>17</sup> Allerdings sind hier Beschäftigungseffekte aufgrund der Gegenfinanzierung im steuerlichen Bereich nicht mitberechnet worden. Wir gehen aus diesem Grund von nur rund **200.000** neuen Jobs dank des Progressivmodells in den nächsten 4 Jahren aus.

## **2) Unternehmen von Bürokratie entlasten**

Schwarzarbeit wird durch Bürokratie begünstigt. Ein Kleinunternehmer – etwa im Handwerk – hat pro Jahr und Mitarbeiter rund 4.400 Euro Bürokratiekosten zu tragen. Großunternehmen dagegen sind im Schnitt nur mit 350 Euro pro Arbeitnehmer belastet. Eine unbürokratische Gründungsförderung verbessert deshalb das Gründungsgeschehen und schafft Arbeitsplätze. Wir setzen uns dafür ein, den Normenkontrollrat zum Bürokratieabbau deutlich zu stärken: In der Gesetzgebung wird er bisher nur bei der Beratung von Regierungsvorlagen einbezogen. Aus grüner Sicht gehören aber alle Gesetze und Regelungen in Deutschland auf den Prüfstand: Nicht nur neue Gesetze der Bundesregierung, sondern auch bestehende Gesetze, Gesetzesvorschläge der Opposition und Änderungsvorschläge zu Gesetzesentwürfen.

Bürokratieabbau bedeutet nicht Standardabbau. So würde das – von der großen Koalition verhinderte – einheitliche Umweltgesetzbuch Kosten und Unsicherheiten für den einzelnen und den Staat reduzieren und gleichzeitig zum Erhalt bzw. Ausbau ökologischer Standards beitragen. Auch das unübersichtliche Arbeitsrecht muss endlich in einem Arbeitsgesetzbuch zusammengeführt werden. Zu einem Abbau der Steuererklärungsbürokratie wollen wir u. a. beitragen mit der Einführung einer Werbungskosten- und Betriebsausgabenpauschale für alle Einkunftsarten in Höhe von 2.000 Euro sowie mit einer deutlichen Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro.

Untersuchungen haben gezeigt, dass ein gezielter Abbau bürokratischer Auflagen für die Unternehmen bis zu 500.000 Arbeitsplätze bringen würde – allerdings nur, wenn das deutsche Regulierungsniveau auf das angelsächsische abgesenkt würde<sup>18</sup>. Weil uns die Finanzkrise lehrt, wohin ein Mangel an Regulierung führen kann, lehnen wir einen derart umfassenden Abbau von Vorschriften ab. Wir teilen aber das Ziel, Unternehmer von unnötiger Bürokratie zu entlasten und sind überzeugt, dass dies positive Beschäftigungseffekte nach sich zieht. Da sich diese Effekte allerdings nicht seriös beziffern lassen, bleiben sie hier außer Acht.

---

<sup>17</sup> IAB-Kurzbericht 15/2003

<sup>18</sup> IW Köln 2007

### Grüne Maßnahmen

- Senkung der Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich durch das Progressivmodell
- Stärkere Förderung d. Selbstständigkeit als Erwerbsform
- Anhebung des Grundfreibetrags im Zuge einer ALG-II-Erhöhung auf 420 Euro
- Hinzuverdienstmöglichkeiten für ALG-II-Empfänger verbessern
- Bürokratiekosten senken I: Normenkontrollrat stärken
- Bürokratiekosten senken II: Einführung von Umweltgesetzbuch und Arbeitsgesetzbuch
- Bürokratiekosten senken III: Vereinfachungen im Steuerrecht

Durch eine *gezielte Senkung der Abgaben im Niedriglohnbereich und den Abbau von unnötiger Bürokratie* können bei einer vorsichtigen Rechnung in den kommenden vier Jahren *mindestens 200.000 Arbeitsplätze* realisiert werden.

### Fazit

Mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bekämpfen wir die Wirtschaftskrise, bringen die soziale und ökologische Modernisierung voran und schaffen in der kommenden Legislaturperiode 1 Million Arbeitsplätze mit Zukunft. Das verlangt einen Mix aus klarer Ordnungspolitik (CO<sub>2</sub>-Grenzwerte), neuen Finanzierungsinstrumenten (Bürgerversicherung, Bildungssoli), veränderten Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt (Progressivmodell) sowie zusätzlichen und vorgezogenen staatlichen Investitionen (Gebäudesanierung, Investitionen in Bildung). Wir gehen davon aus, dass unser Vorhaben gegenüber den bereits beschlossenen Konjunkturprogrammen jährlich 20 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen verlangt. Wir setzen bewusst auf ein Vier-Jahres-Programm, um im Gegensatz zur Strohfeuer-Konjunkturpolitik der Großen Koalition Zukunftsinvestitionen zu verstetigen.

Branche	Zusätzliche Arbeitsplätze
Erneuerbare Energien und Energieeffizienz	200.000
Gebäudesanierung	150.000
Landwirtschaft/ Biobranche	30.000
Ressourcen	25.000
Bildung und Betreuung	185.000
Gesundheit und Pflege	150.000
Sozialer Arbeitsmarkt	60.000
Abbau von Schwarzarbeit	200.000
<b>1.000.000 Jobs</b>	

**Eine Million neuer Jobs durch grün in den kommenden vier Jahren! Das ist unsere Antwort auf die Klima- und Wirtschaftskrise.**